

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947**

108 (11.9.1947)

### Europas wirtschaftliche Fortschritte im Wiederaufbau

Washington, 10. Sept. (Dena). In einem von amerikanischen Außenministerium ausgearbeiteten und am 9. d. Mts. veröffentlichten Bericht über europäische Wirtschaftswirtschaftsprobleme heißt es, daß die Länder Westeuropas größere Fortschritte in ihrem wirtschaftlichen Wiederaufbau gemacht haben als die Länder der sowjetischen Einflußsphäre. Westeuropa umschließt Deutschland und die Einfuhr von 37,1 Prozent des Standes von 1938 erreicht. Allerdings spiegeln die Zahlen noch nicht die in diesem Jahr aus dem Zusammenbruch der britischen Wirtschaft entstandene kritische Lage wider. Die Zahlen für das sowjetische Einflußgebiet zeigen hingegen, daß die Einfuhr dieser Länder 46,4 Prozent und die Ausfuhr 39,8 Prozent des Standes von 1938 ausmachen.

### Finanzabkommen England-Belgien

London, 10. Sept. (Dena-Reuter). Großbritannien und Belgien gaben am 9. Sept. den Abschluß eines Finanzabkommens bekannt, nachdem Belgien beträchtlich größere Sterling-Guthaben aufbauen lassen wird als in der bisher geltenden Vereinbarung festgelegt war.

### Sowjetunion lehnt erneut ab

London, 10. Sept. (Dena-INS). Der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Wyssinski hat in einem Schreiben an den britischen Botschafter in Moskau, Francis Roberts, erneut die britische und amerikanische Forderung auf eine Dreimächte-Besprechung über das Todesurteil gegen den Leiter der bulgarischen oppositionellen Agrarpartei, Nikola Petkoff, zurückgewiesen.

### Polnische Note an Frankreich

Paris, 10. Sept. (Dena-Reuter). Der Wiederaufbau der deutschen Industrie könne den Frieden Europas gefährden, erklärte der polnische Botschafter Georges Putnam am Dienstag in einer Note an das französische Außenministerium zu der geplanten Erhöhung der deutschen Stahlproduktion. Im Namen seiner Regierung ersucht Putnam die französische Regierung um Klärung ihrer Haltung.

### Unabhängigkeit für Indochina

Hanoi, 10. Sept. (Dena-Reuter). Frankreich hat am Mittwoch Indochina volle politische Unabhängigkeit im Rahmen einer französischen Union angeboten.

### Holländischer Großangriff auf Java

Trotz des ausgerufenen Waffenstillstandes — Unruhen in Neu Delhi

Batavia, 10. Sept. (Dena-INS). Zwischen niederländischen und indonesisch-republikanischen Streitkräften kam es am Montag in zahlreichen Teilen Indonesiens zu scharfen Zusammenstößen. Die holländischen Truppen schlugen einen Angriff der indonesischen Streitkräfte 120 Kilometer südlich von Batavia zurück. Auch an einer anderen Stelle wurden holländischen Berichten die republikanischen Truppen mit schweren Verlusten abgewiesen. Australien hat die Wahl der indonesischen Republik als einer der drei Staaten, an dem vom Sicherheitsrat im Leben gebliebenen Dreierkomitee zur Prüfung des indonesischen Streitfalls teilzunehmen, angenommen.

Niederländische Truppen unternahmen am 8. September einen großangelegten Angriff nördlich von Batavia auf die indonesischen Zentralzonen. In Mitteljava eroberten holländische Truppen gegen heftigen republikanischen Widerstand eine kleine Küstenstadt an der Straße nach Jogjakarta.

Der Generalgouverneur für Niederländisch-Indonesien, Dr. Hubertus van Mook, erklärte, die kommunistische Tätigkeit sei z. T. für die Unruhen in Indonesien verantwortlich, die zum Eingreifen der holländischen Streitkräfte führten.

### Neu Delhi in Flammen

Neu Delhi, 10. Sept. (Dena). Bei den Zusammenstößen in Neu Delhi kamen am 8. September 2-400 Personen in holländischen Bussen Gruppen von Zivilisten, sowohl Hindus als auch Moslems, wurden von Militär und Polizei aus dem Unruhegebiet der Stadt gebracht.

Ausgedehnte Brände sind laut INS am 9. September nach einem der bis jetzt heftigsten Zusammenstöße zwischen Moslems, Hindus und Sikhs in Alt- und Neu Delhi, der Hauptstadt des Dominions Indien, ausgebrochen. Die Straßen der Stadt gleichen einem Schlachtfeld.

### Guerillas für All-Parteien-Regierung

London, 10. Sept. (Dena-Reuter). General Markos, der Anführer der griechischen Guerillas, erklärte am 10. September in

### Im Telegrammstil

Washington. Als erste Anleihe nach dem Krieg wird Österreich 13,995,000 Millionen Dollar von der Export-Import-Bank erhalten. (Dena-INS)

Washington. Das amerikanische Außenministerium hat am Montag den Plan einer Viermächte-Konferenz zur Lösung der Korea-Frage vorläufig auf, nachdem die Sowjetunion in einer Note ihre Teilnahme an der Konferenz abgelehnt habe. (Dena-INS)

New York. Ein Sonderausschuß aus Vertretern von 15 Nationen wird einem Vorschlag des UN-Sekretariats zufolge, während der Vollversammlung der UN die Palästina-Frage beraten. (Dena-Reuter)

Lake Success. Die USA schlugen am 9. d. Mts. im Araber-Palast, die Atomkommission vor, die Atomkraft, alle radioaktive Material sowie die tödlichen chemischen und biologischen Waffen zu Massenverrichtungen zu erklären. (AP)

London. Wie das englische Außenamt am 9. d. Mts. mitteilte, bleibt es Deutschen weiterhin untersagt, in Geschäften die deutsche Vermögenswerte in Großbritannien zu erwähnen. (AP)

London. Shaw, der Leiter der politischen Mission der Araber in Palästina, die sich gegenwärtig in Großbritannien aufhält, erklärte hier am Samstag in einer Pressekonferenz, daß die Empfehlungen des Sonderausschusses der UN für die Palästina-Frage für die Araber in Palästina völlig unannehmbar seien. (Dena-Reuter)

Southport. Am 5. d. Mts. dem letzten Sitzungstag des Jahreskongresses des britischen Gewerkschaftsbundes, wurde mit einem Stimmenverhältnis von 21 ein Antrag auf sofortige Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie Großbritanniens abgelehnt. (Dena-Reuter)

Paris. Der Vorsitzende des Hebräischen Komitees für nationale Befreiung, Peter Bergson, erklärte hier am 8. September, die Sturzgruppe befände sich seit einigen Tagen auf sowjetischer Kontrolle. (Dena-INS)

Wien. Der britische Hohe Kommissar in Österreich, Sir James Steel, und Marschall Tito trafen, wie hier am 9. d. Mts. bekanntgegeben wurde, in Bled, der jugoslawischen Sommerresidenz, am Montag zu einer Gemeinsamtzung zusammen. (Dena-Reuter)

Wien. Die USA erwirben das österreichische Eigentum an den österreichischen Goldfeldern revidiert und bereitwillig anerkannt, daß ihre technische Ausrüstung legal erworbenes deutsches Eigentum sei und deshalb von der Sowjetunion auf Reparationskonto beschlagnahmt werden könne, erklärte am 9. d. Mts. ein Sprecher

2. Jahrgang / Nummer 108  
Verlag: Badendruck GmbH,  
Karlsruhe, Lammerstr. 15-16, Tel. 4021/53

# BADISCHE

# NEUESTE NACHRICHTEN

## Europa fordert 21 Milliarden Dollar-Hilfe von den Vereinigten Staaten

Paris, 10. Sept. (Dena-INS). Die sechszehn Marshall-Plan beteiligten Nationen werden die Vereinigten Staaten um Hilfestellungen im Werte von rund 21 Milliarden Dollar für die nächsten vier Jahre ersuchen, davon fünfzehn Milliarden in Nahrungsmitteln, erklärte am 9. d. Mts. ein leitender Delegierter beim Kooperationsausschuß der Pariser Wirtschafts-Konferenz. Er bezeichnete diese Zahl als „Minimalkredit“.

Der Delegierte erklärte in diesem Zusammenhang weiter, daß vier Milliarden Dollar in Form von Produkten der Schwerindustrie im Rahmen des Marshall-Plans für Europa gewährt Unterstützung eine strikte Bedingtheit unter Umständen drastisch gekürzt werden könnten. Das unmittelbare Ziel des Planes liegt nach Ansicht des Delegierten in der Gewinnung des Vertrauens privater Geldgeber in den Vereinigten Staaten. Die Unterstützung einer strikten Kontrolle auszuüben, um sicherzustellen, daß die amerikanischen Lieferungen zur Erhöhung der Produktion verwandt werden, erklärte der britische Außenminister Ernest Bevin am letzten Montag bei der vier-tägigen Vollversammlung der Pariser Konferenz den Vorsitz führen.

Außenminister Georges Bidault (Frankreich) und Graf Carlo Sforza (Italien) haben bereits die Einladung zustimmend beantwortet, während die Antworten der anderen Außenminister noch ausstehen.

## Eine Beratung über dringende deutsche Probleme angesetzt

Washington, 10. Sept. (Dena-Reuter). Der Bewilligungsausschuß des amerikanischen Senats wird am 20. September zu einer Sonderberatung mit Beamten des US-Außenministeriums einberufen, um über „dringende“ Probleme betreffs Deutschland zu entscheiden. Die Frage des britischen Anteils an den Besatzungskosten in der Bizone wird Hauptgegenstand der Besprechungen sein.

## Amerika will Deutschland keine fremde wirtschaftliche Struktur aufdrängen

General Clay über die Lebensmittelfreisetzung und Sozialisierung im Länderrat

Stuttgart, 10. Sept. (Hue.-Eigen-Bericht). General Clay kam am 9. September in der 24. Sitzung des Länderrates auf die Erhöhung des Industriestandes zu sprechen. Er sei immer die Ansicht der Militärregierung gewesen, Deutschland in eine Lage zu versetzen, daß es sich selbst helfen könne. Da es sich erweisen hätte, daß dies bei dem früheren Industriepan nicht möglich gewesen wäre, habe man eine Erhöhung der Produktionskapazität bewilligt. Es bedürfe aber größter Anstrengung von Seiten der Deutschen, die genehmigte Höhe zu erreichen. Vor allem müßte die Kohlenproduktion auf eine normale Höhe gesteuert werden. Unsere Aufgabe sei es, durch unsere Arbeit zur Besserung der Lage von ganz Europa und dadurch mit zur Erfüllung des Marshall-Planes beizutragen.

Über den Widerstand der Militärregierung gegen die Sozialisierung sei in letzter Zeit sehr viel gesagt und falsch berichtet worden. General Clay stellte fest, daß, obwohl Amerika selbst nicht an Kartelle, Monopole und gelenkte Wirtschaft nicht möglich sei, demokratisch gesinnt sei, um Deutschland eine wirtschaftliche Struktur aufzuzwingen zu wollen, die es nicht wünsche. Doch könnte Deutschland darüber nur als Gesamtheit entscheiden.

Der Länderrat hat in seiner 24. Sitzung den Vorschlag angenommen, zur Entlastung von Schleswig-Holstein aus der US-Zone evakuierte Flüchtlinge zurückzunehmen und Wohnungsverträge von Fall zu Fall zu genehmigen. Auch das Flüchtlingsgesetz wurde angenommen. Von besonderer Dringlichkeit ist das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das verabschiedet wurde und die Lösung der Kurzarbeiterunterstützung, die der Länderrat im März beschloß, auf dem Verordnungsweg zu erledigen.

## Wer an die Obergrenze rührt, entfesselt neuen Krieg

Berlin, 10. Sept. (Dena). Bei einem Empfang für die Delegierten der zweiten Jahrestagung der CDU in der sowjetischen Zone, den die SMA am 8. September im Haus der Kultur der Sowjetunion veranstaltete, erhob Jakob Kajaer, der erste Vorsitzende der CDU in der Sowjetzone, sein Glas und sagte zu Oberst Sergej Tulpanow, dem Chef der politischen Abteilung der SMA, was er sich wünsche, nämlich, daß die Fragen zu besprechen, in denen Meinungsverschiedenheiten bestehen, einschließlich der Grenzfrage, Oberst Tulpanow antwortete in geradem Ton: „Die Russen sind die Sieger des Weltkrieges, sie haben die Grenze an der Odeer festgelegt. Diese Grenze muß bestehen bleiben. Wer versuchen sollte, daran zu rühren, würde einen neuen Krieg entfesseln, der den Untergang Deutschlands bedeuten würde.“

## Exodus-Flüchtlinge ausgeschifft

Bad Nauheim, 10. Sept. (Dena). Die Passagiere des letzten Flüchtlings-Schiffes, der „Lunenburg“, weigerten sich, das Schiff zu verlassen.

Die Briten hatten Schläuche gelegt und gingen mit Wasserstrahlen gegen die Juden vor. Die Flüchtlinge leisteten teilweise auch Widerstand, so daß einige von ihnen von der britischen Seite getötet wurden, mehrere von ihnen blüeten. Erst nachdem Hauptorganisatoren des Widerstandes verhaftet worden waren, verließen die Juden in immer größeren Gruppen das Schiff und wurden in die britische Zone verbracht. Gegen 14.30 Uhr war die Räumung der „Lunenburg“ beendet.

## General Clay vor Parlamentarischem Rat

Zum erstenmal hatten Abgeordnete des Parlamentarischen Rates Gelegenheit, im Anschluß an die Rede von General Clay Fragen an ihn zu stellen. Der Abgeordnete Buchmann (KPD Württemberg-Baden) fragte, ob es nicht möglich wäre, an Nachbarländer Fertigkeiten gegen Lebensmittel abzugeben und nebenbei die Wirtschaft zu beleben. General Clay erwiderte, daß Bestrebungen im Gange seien, daß aber 500 Millionen Dollar, die für Lebensmittel genehmigt seien, kalorienmäßig am besten ausgenutzt werden müßten. Fertigkeiten hätten wir im vergangenen Monat für 18 Millionen Dollars exportiert mit Holz- und Kohlenexporten seien es insgesamt 20 Millionen Dollars gewesen. Bei einiger Anstrengung könnten die Bizonen-Staaten einen monatlichen Gewinn von 30 Millionen Dollars verbuchen. Nur 20 v. H. der gewonnenen Kohlen werden exportiert. Dies sei der Beitrag, den Deutschland für die Zerstörungen zum Aufbaue leisten müsse.

Abgeordneter Möller (SPD): „Der Text des revidierten Industriepan könnte dahin verstanden werden, daß es von der Festsetzung der Stillquote abgesehen, primär der Zweck hat, das Ausmaß der Demonstrationen festzulegen und weniger den Zweck, die dauernde Obergrenze der Industrieproduktion zu bestimmen. Es wird erlaubt sein, nachdem z. B. der schwere Maschinenbau durch Demontagen auf eine Kapazität von 50 Millionen RM im Jahr reduziert werden, diese Grenze auf dem Wege neuer Investitionen, die die demontierten Anlagen ersetzen, zu überschreiten.“ General Clay antwortete auf diese Frage, daß die Länder, die Deutschland geschädigt hat, Maschinen

## Carlebach von Clay empfangen

Stuttgart, 10. Sept. (AP). General Lucius D. Clay erklärte in einer Pressekonferenz, er werde den Fall des kommunistischen Mitherausgebers der „Frankfurter Rundschau“, Emil Carlebach, dem im vergangenen Monat die Lizenz entzogen wurde, persönlich überprüfen.

Am 8. d. Mts. hat der amerikanische Militärgouverneur Carlebach im Frankfurter Hauptquartier zu einer kurzen Unterredung empfangen. Clay erklärte, daß die KPD keinen Grund habe, über Unterdrückung der Pressefreiheit zu klagen.

## Die Militärregierung greift ein

München, 10. Sept. (Dena). Die amerikanische Militärregierung wird deutschen Amtsstellen direkte Befehle geben und verantwortliche deutsche Stellen absetzen, falls

## Gute Fortschritte während der Berliner Ruhrkohlebesprechung zu verzeichnen

Frankreich fordert seine Mitbestimmung bei der Verteilung der deutschen Exportkohle — Ein endgültiger Entscheid erst in London

Berlin, 10. Sept. (AP). Die Arbeitsgruppen der in Berlin tagenden Ruhrkohlenkonferenz, die sich aus britischen, französischen und amerikanischen Spezialisten zusammensetzen, sollen in verschiedenen Fragen bereits gute Fortschritte gemacht haben. Bisher wurde der Verlauf ihrer Verhandlungen jedoch streng geheimgehalten.

Es ist jedoch bekannt, daß Frankreich einen Weg zur Steigerung der deutschen Volkproduktion zu finden hofft, um für die eigene Stahlproduktion erhöhte Zuteilungen zu erwirken.

Gleichzeitig wünschen die Franzosen Mitbestimmung bei der Verteilung der deutschen Exportkohle, sobald der während der Londoner Konferenz beschlossene Produktionsbestand in der Stahlindustrie erreicht ist.

Gute Fortschritte in mehreren zur Diskussion stehenden Fragen sind nach einem am 9. September herausgegebenen Kommuniqué zu verzeichnen.

## In London wird entschieden

Washington, 10. Sept. (Dena-Reuter). Die Bekanntgabe des endgültigen anglo-amerikanischen Abkommens über den Ruhrkohlenproduktionsplan in Washington wird erst erfolgen, wenn dieser Plan in London genehmigt ist.

Man nimmt an, daß sich die Hauptaufmerksamkeit auf die Formulierung der Empfehlungen für die Errichtung einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Kohlenbe-

## Konferenz über Auswirkung kommender Währungsreform

Frankfurt, 10. Sept. (Dena). Eine Konferenz, auf der die Auswirkungen einer kommenden Währungsreform auf die öffentlichen Haushalte der Länder behandelt werden, hat am Dienstag auf Herrenchiemsee in Bayern begonnen. An der Konferenz nehmen die Finanzminister und — Senatoren der acht Länder der britisch-amerikanischen Zone, das Zonenparlament der britischen Zone und der Direktor der Verwaltung für Finanzen im Zweizonen-Wirtschaftsamt, Dr. Alfred Hartmann, teil. Außerdem sind als Vertreter des Exekutivrates der Referat für Finanzen, Dr. Herbert Fischer, Mannheim, und Staatsrat Dr. Erhard Seios anwesend.

## 1540 t Einfuhr-Wolle genehmigt

Bremen, 10. Sept. (Dena). Der Kauf von 1540 t Rohwolle, die für den deutschen Inlandsbedarf verarbeitet werden soll, ist nach Mitteilung des Wollenfunktionsrats Bremen vom 9. d. Mts. genehmigt worden.

## Skorzeny u. 7 Angeklagte freigesprochen

„Preussischer Prinz“ erkennt „wildes Mann“ — Loritz wird untersucht

Dachau, 10. Sept. (Dena). Der ehemalige SS-Unterscharführer Otto Skorzeny und seine sieben Mitangeklagten wurden am 9. d. Mts. von einem amerikanischen Militärgericht in Dachau unter dem Vorsitz von Oberst Andrew Gardner freigesprochen. Neben Skorzeny, dem Phil von Wehr, Wald Scheidt, Hans Haff, Denis Munk, Günther Fritze, Ralph Belstedt und Wilh. Koeherscheid freigesprochen. Wilh. Maus und Ared de Bruen waren bereits nach der Beweisaufnahme durch die Anklage freigesprochen worden.

Die Verteidigung konnte im Verlaufe des Prozesses, der am 18. August in Dachau begann, beweisen, daß die Angeklagten das Völkerrecht nicht durch Tragen amerikanischer Uniformen während der Eifel-Offensive im Dezember 1944 verletzt haben.

Loritz wird auf Zurechenbarkeit untersucht. München, 10. Sept. (Dena). Der ehemalige bayerische Sonderminister Alfred Loritz wird nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft München I gegenwärtig von einem Psychiater der Münchener Universitäts-Nervenklinik daraufhin untersucht, ob ihm nach § 51 des Strafgesetzbuches der Schutz der Unzurechenbarkeit oder verminderten Zurechenbarkeit zugebilligt werden kann.

Nach einer Erklärung des Untersuchungsrichters handelt es sich um eine „Vorsichtsmaßnahme“, die bei einer „so umstrittenen Persönlichkeit wie Alfred Loritz“ unbedingt notwendig sei.

## SED zum Verschwinden Dr. Pauls

Weimar, 10. Sept. (Dena). Der Thüringische Landtagspräsident August Fröhlich bezeichnete am 8. d. Mts. in einer Landeskongress der SED das Verschwinden des Thüringischen Ministerpräsidenten Dr. Rudolf Paul als der Vergangenheit angehörig. „Wir haben keine Zeit, über den Fall zu diskutieren“, erklärte er, „ein Mann, der innerlich nie zu uns gehörte, ist verschwunden, und daraus haben wir unsere Schlüsse zu ziehen, die wir heute beraten wollen.“

## Frau Paul bestellte Zimmer in Wannsee

Berlin, 10. Sept. (Dena). Die Frau des verschwundenen Thüringischen Ministerpräsidenten Dr. Rudolf Paul soll nach einer Meldung des Berliner „Telegraf“ in Wannsee am 1. September auf Zimmersuche vorgeschoben haben. Dr. Paul soll bereits vom 26. bis 27. August mit zwei Polizisten im Kasinohotel gewohnt haben.

Die Thüringische Regierung hat am 9. September den Landtagspräsidenten ersucht, die Neuwahl eines Ministerpräsidenten in Übereinstimmung mit Artikel 8, Abs. 3 der Verfassung für einen möglichst frühen Termin anzusetzen.

## Schumacher nimmt an Gewerkschaftskongress in Amerika teil

Hannover, 10. Sept. (Dena-APD). Dr. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wird nach einer Mitteilung des Parteivorstandes vom Mittwoch, auf Einladung der AFL, einer der beiden großen Gewerkschaftsbewegungen Amerikas, an deren in der Zeit vom 6. bis 16. Oktober stattfindenden Kongress in San Francisco teilnehmen.

## Auswanderung

Wenn es heute keine Grenzsperrlein, Auswanderungsbeschränkungen, Pässe, Einwanderrückfragen und auf der anderen Seite genug Schiffe gäbe, würde Europa eine Völkerwanderung erleben, die wahrscheinlich jene des 4.-6. Jahrhunderts n. Chr. weit in den Schatten stellte. Europa wäre wahrscheinlich in kurzer Zeit so dünn bevölkert, wie Nordamerika vor hundert Jahren; denn diese Völkerwanderung wäre eine Auswanderung von Millionen Europäern.

Zwei Kriege und die ihnen folgenden Jahre der Unruhe, des Hungers, der Unsicherheit, der Angst haben Millionen von Menschen die Hoffnung genommen, auf diesem geplagten Kontinent je ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Es wären wieder nicht die Schwachen, die Händelosen, die in den Schicksalen der Fremden ein neues Leben aufbauen würden, sondern wie schon in früheren Zeiten die körperlich und geistig Jungen und Starken. Das ist die Tragik dieses Europa, daß es seine Jugend in unseligen Kriegen geopfert und einen großen Teil seines besten Menschennaterials an das überseeische Ausland abgegeben hat — Jahrhunderte lang.

Heute scheint Auswanderung vielen Menschen wieder als die einzige Lösung, wenn nicht so viele künstliche Barrieren zu überklettern wären, und es läßt sich wohl darüber reden, ob sie im Recht sind. Unrecht sind. Freilich bleibt die Erörterung vorderhand in der Theorie stecken, da einer Massenauswanderung noch zu viele Hindernisse entgegenstehen. Aber solche Auswanderungsbewegungen in Deutschland als „Fahnenflüchtige“ zu bezeichnen, ist charakteristisch für einen überlebten Patriotismus, der mit falschem Pathos Verhaltensregeln diktatorisch aufstellt in Dingen, die jeder vernünftige Mensch als überholt ansieht.

Nicht nur Deutsche sind heute von der Hoffnungslosigkeit der Gegenwart und der Angst vor der Zukunft umhergetrieben. In mehr oder weniger gleicher Stärke sind Engländer, Franzosen, Italiener, Spanier, Polen, Baltische Juden und Griechen ergriffen, und so sehr sich ihre Beweggründe ähneln, so verschieden sind ihre Ziele.

Bei einem auch nur flüchtigen Blick über den Atlantik fällt der Vergleich unweigerlich weiter sehr dünn oder unbesiedelt und dicht besiedelter Landstriche sofort auf. Die Frage nach dem Sinn all der Beschränkungen erhebt sich, die eine Ein- bzw. Auswanderung verhindern.

Es ist nicht erstaunlich, daß die Länder mit offenen Räumen nicht wahllos Einwanderer hereinlassen. Sie können nur eine begrenzte Anzahl von Berufen gebrauchen, wie z. B. Landarbeiter, und wollen nicht wahllos ihr Großstadtproletariat vermehren. Auf der anderen Linie liegt, daß die meisten Regierungen in Europa nicht gerade ihre Facharbeiter außer Landes gehen lassen wollen; sie werden im eigenen Land dringender gebraucht. Weiter hat natürlich ein Land, das Polen überhaupt nicht einläßt, daran, Auswanderung zuzulassen, da es nach dem Aderlaß dieses Krieges bestrebt sein muß, seine Bevölkerung zu vermehren.

Ein anderer Grund für die Beschränkungen liegt in der mangelnden Schiffsraum. Anstatt der im letzten Friedensjahr in einer Woche beförderten 20.000 Passagiere waren es bisher im Jahre 1947 nur 4000. Von den großen Schiffen sind die „Normandie“, die „Bremeria“ und „Europa“ aus dem Verkehr der Savaia- und Empress of Britain ausgefallen, die „Queen Mary“ und „Queen Elizabeth“ erst in diesem Sommer wieder in die Atlantik-Routen eingesetzt worden.

Deutschland kam in diesem Zusammenhang als Sonderfall angesehen. Der Bevölkerungüberschuß der Westzonen steht einer Unterbilanz der Ostzone gegenüber, in beiden ist die Zusammensetzung — Überwiegen von Frauen und alten Leuten — so ungünstig wie möglich. Die Auswanderung einer Auswanderung großen Stils sind zur Zeit gleich Null.

Freilich werden sich die Einschränkungen lockern, die Transportmöglichkeiten verbessern. Hand in Hand damit wird aber der Wiederaufbau Europas gehen und das „Fernweh“ bei vielen abnehmen, die heute in überseeischen Gebieten das lockende Paradies sehen. Diesen, ja ganz Europa, wäre schon wesentlich geholfen, wenn es einen halb Europäischen Freizügigkeit, die Erwerb und die Arbeit gäbe; denn damit würde fortgeschritten wieder Vernunft in die nachbarlichen Beziehungen der europäischen Völker kommen. H. B.

## Die Privilegierten

Wenn Herr Dr. Schlange-Schöningen dieser Tage sagte, mit Hilfe der Peitsche — nämlich mit polizeilichen Zwangsmitteln — lasse sich keine größere Ableitung aus den Bauern herausheulen, man müsse vielmehr ein Zuckerbrod anwenden, so hat er damit nicht nur ein altes Sprichwort, sondern ein weiteres Mal aufgelegt. Die Bauern und ihre Sympathien liegen ihm dem Ansehen nach mehr am Herzen als die hungernden Städter. Neu ist indessen, welche Gestalt er für das Zuckerbrod vorschlägt. Er sieht, daß die Zuweisung industrieller Gebrauchsgüter mangels genügender Erzeugung solcher nicht möglich ist, und will dafür an die Bauern „bis zur Währungsreform wertbeurteilte und steuerfreie Gutscheine“ ausgeben lassen. Während also wir uns von früh bis spät abrackern für „schlechtes“ Geld, dessen Wert höchst fragwürdig ist, und über dem drohend die Sänze einer Finanzreform schwebt, die es vielleicht bis auf ein kleines Bruchteil niederrücken wird, sollen die Bauern als einzige schon „gutes“ neues Geld erhalten. Um sie dahin zu bringen, das sie gnädigst darauf verzichten, ihre Ergebnisse in verantwortungsvoller Weise zu verschleudern, weiß man kein anderes Mittel als dies: Man gewährt ihnen den vollen Vorteil, den ihnen der schwarze Tauschmarkt bieten würde — nämlich eine sichere, wertbeständige Gegenleistung für ihre Waren. O. F. Litzell und J. G. L. liegt auf derselben Linie wie die Zuteilung von Betriebsereignissen an Industriearbeiter als Teil des Lohns oder als Leistungsprämie, wobei die Empfänger selbstverständlich einen großen Teil dieser Realien vertauschen, um auch andere brennende Bedürfnisse befriedigen zu können. Solange Regierung und Landtag dergleichen dulden, sollten sie wenigstens nicht mehr davon reden, daß sie angeblich nichts schneller wünschen, als den Schwarzem Markt zu rotten zu können. No.

## SPD spricht Schlange-Schöningen das Mißtrauen aus

Stuttgart, 10. Sept. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Parlamentarischen Rates im Länderrat der US-Zone teilte mit: Radio Stuttgart gab am 8. Sept. 1947 den Nachrichten die Meldung durch, daß im Parlamentarischen Rat des Länderrates der amerikanischen Zone der Vertreter von Bayern und Württemberg-Baden „einen Mißtrauensantrag gegen den derzeitigen Direktor des Amtes für Landwirtschaft und Ernährung, beim Wirtschaftsamt, Schlange-Schöningen, abgelehnt hätten.“ Die Abstimmung dieser beiden Länder erfolgte gegen eine Minderheit, die sich durch die Abgeordneten Stoock (Bayern), Möllert (Württemberg-Baden) und E. Schmidt (Württemberg-Baden) in eingehender Begründung für den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten und vom Land Hessen mit Mehrheitsbeschluß aufgenommenen Mißtrauensantrag eingesetzt hat.



Kohle und Eisen in Nordwesteuropa (WP-Kartendienst)

